



Flüchtlingswelle | «Sorgen schwächen sich rasch ab»

Private Unterbringung von Asylsuchenden im Wallis möglich

WALLIS | Illegale Einwanderer machen der Walliser Politik derzeit sehr zu schaffen – in der Bevölkerung ist das Thema Asylwesen omnipräsent. Die Möglichkeit zu helfen, hat jeder.

Die Walliser Regierung ist in hoher Alarmbereitschaft: Seit zwei Monaten sind die Grenzkontrollen massiv verstärkt worden – so wurden etwa während einer systematischen Kontrolle eines Nachtzuges aus Italien rund 190 illegale Einwanderer ausfindig gemacht und nach Italien zurückgeschickt. Eine zweite Kontrolle innerhalb weniger Tage ergab rund 500 Personen, die illegal einreisen wollten.

«Ein Problem»

Für SVP-Staatsrat Oskar Freysinger liegt eine Lösung möglicherweise auf der Hand: Die Grenzen möglichst rasch dichtmachen, wenn die Situation unverändert bleiben sollte. Denn: «Wenn wir diese Asylanten zwischen Iselle und Brig nicht stoppen, haben wir ein Problem», lässt er sich im «Walliser Boten» vom 24. Juni zitieren.

Die aktuelle Situation sorgt denn auch in einigen Teilen der Bevölkerung für Besorgnis, über welche sich die Walliser Regierung im Klaren ist, wie die Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales

und Kultur (DGSK), Esther Waeber-Kalbermatten, die auch für die Unterbringung von Flüchtlingen im Kanton Wallis zuständig ist, bestätigt.

«Die Regierung ist sich im Klaren über die Befürchtungen in der Bevölkerung bezüglich der Aufnahme von Migranten. Hierbei handelt es sich vielfach um Angstgefühle gegenüber Unbekanntem und Andersartigkeit. Oft haften Asylsuchenden auch unterschiedliche Vorurteile an.»

Eine kleine Minderheit

Doch die SP-Staatsrätin ist überzeugt, dass Asylsuchende, die Probleme verursachen, lediglich eine kleine Minderheit darstellen. «Solche Vorfälle werden oft aufgebauscht und dann auf alle Asylbewerber abgewälzt.» Die Erfahrungen ihrerseits hätten gezeigt, dass sich die Besorgnis und die Verunsicherung in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylsuchenden nach einigen Monaten des Zusammenlebens rasch abschwächen.

Dass die Bevölkerung Asylsuchenden generell misstrauisch gegenübersteht, glaubt Waeber-Kalbermatten nicht: «In unseren Aufnahmezentren stellen wir zunehmend ein besseres Zusammenleben mit der Bevölkerung und eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Gemeindeböden fest. Ebenso können wir im Oberwal-

lis auf eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit vielen Gemeinden hinweisen. Dies auch deshalb, weil Asylbewerber bei der Realisierung von verschiedenen gemeinnützigen Arbeiten zugunsten der Öffentlichkeit mitgeholfen haben.»

Damit spricht die Regierungsrätin etwa die Einsätze von Asylbewerbern bei Grossanlässen wie dem Open Air Gampel oder aktuell auch dem Eidgenössischen Schützenfest in Raron an, an welchen sich die Flüchtlinge bemühen, das Gelände sauber zu halten und sich dadurch etwas dazuverdienen können. In manchen Oberwalliser Gemeinden leisten Asylanten auch Einsätze bei Gemeindewerkhöfen.

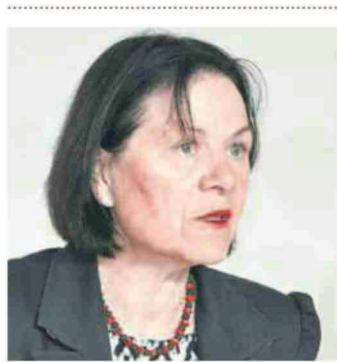
«Von Fall zu Fall geprüft»

Möglichkeiten im Umgang mit Asylsuchenden haben auch Privatpersonen, wie die Staatsrätin erklärt: «Die Aufnahme von Asylsuchenden bei Privatpersonen ist möglich. Diese Form der Unterbringung wird jedoch von Fall zu Fall von der Amtsstelle für Asylwesen überprüft und kann nicht verallgemeinert werden.» Aufgrund ihrer psychischen wie physischen Vorgeschichte sei es oft notwendig, Asylsuchende durch Fachpersonen betreuen zu lassen. Ebenso müsse den grossen Unterschieden in den sozialen Gewohnheiten und der oft schwierigen Vereinbarkeit derselben mit unse-



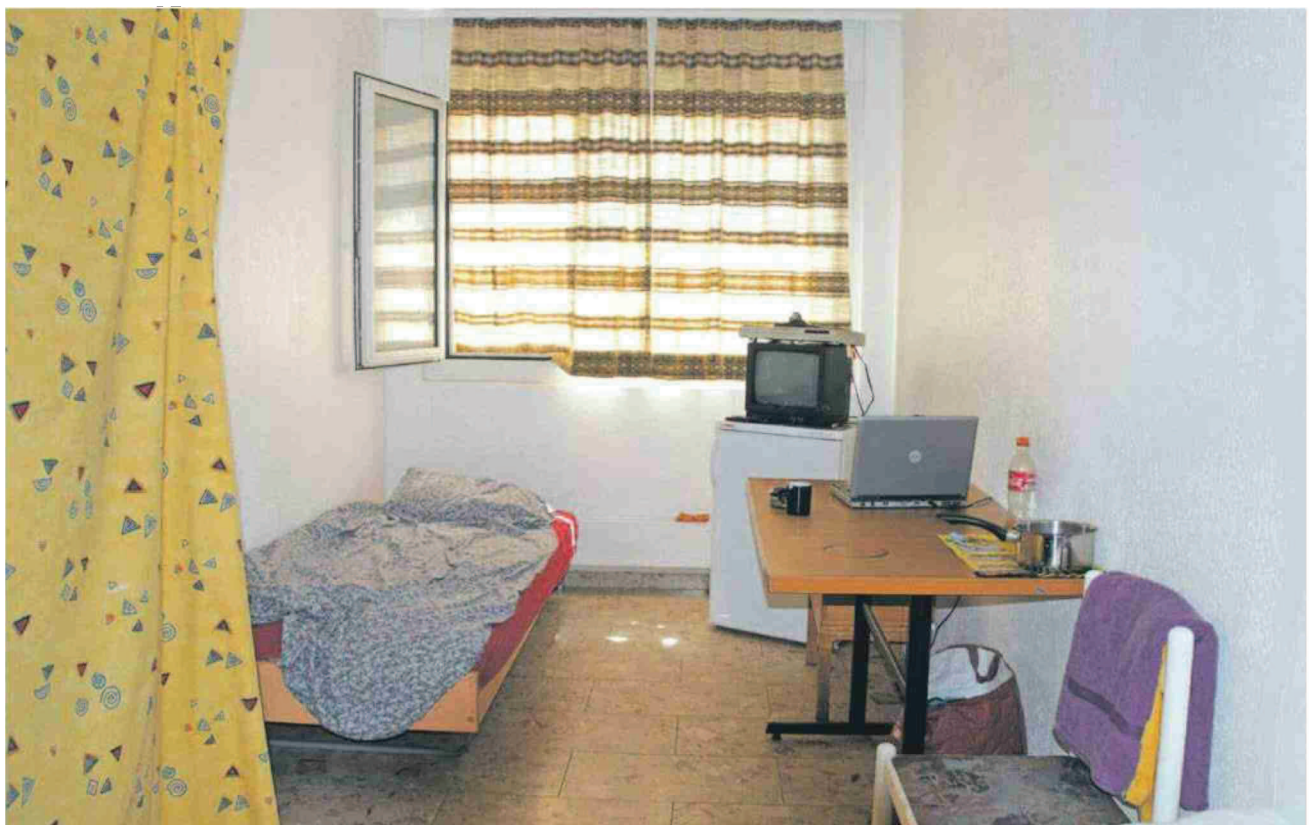
ren Lebensgewohnheiten Rechnung getragen werden, betont Waeber-Kalbermatten.

Engagieren kann man sich alternativ im Bereich der Weiterbildung für Flüchtlinge. Es besteht etwa die Möglichkeit, Sprachkurse zu geben oder die Betreuung bei gemeinnützigen Programmen zu übernehmen. **rul**



«Wir stellen eine sehr gute Zusammenarbeit fest»

Esther Waeber-Kalbermatten



Verschärfung. Die Flüchtlingsproblematik spitzt sich weiter zu – Lösungsansätze gibt es einige.

FOTO WB

Date: 01.07.2015

Walliser
☆☆ Bote

Walliser Bote
3900 Brig
027/ 922 99 88
www.walliserbote.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 22'213
Parution: 6x/semaine



CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

N° de thème: 999.099
N° d'abonnement: 1095432
Page: 7
Surface: 66'308 mm²



Ein Problem. Der zunehmende Strom an Flüchtlingen verlangt nach Lösungen, ist man sich in der Politik einig.

FOTO KEYSTONE



KOMMENTAR

Die Kritik ist verständlich

Werner Koder

Die Polizei ist eine der wichtigsten Institutionen im modernen Rechtsstaat. Ihre Hauptaufgaben bestehen darin, die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren sowie Straftaten aufzuklären und Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Der Schutz der Bürger vor Kriminalität hat einen ganz entscheidenden Einfluss auf die Lebensqualität einer Gesellschaft. Das ist eine unbestrittene Tatsache. Der Kanton Wallis hat vor wenigen Wochen den Entwurf zur Totalrevision des kantonalen Polizeigesetzes präsentiert. Eines der wesentlichen Elemente ist die Verpflichtung jeder Gemeinde, eine eigene Polizeiorganisation zu schaffen. Sie kann entweder selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden eine Po-

lizeistruktur auf kommunaler Ebene gründen oder einen Leistungsauftrag mit einer bestehenden Gemeindepolizei vereinbaren.

Dagegen regt sich in zahlreichen Dörfern Widerstand. Der Tenor lautet dahin gehend, dass in den meisten Dörfern die Kriminalität extrem gering ist und es zusätzliche Polizeikräfte gar nicht braucht. Das Risiko, in den ländlichen Walliser Gemeinden Opfer krimineller Machenschaften zu werden, ist in der Tat ziemlich gering. Zusätzliche Polizeikorps sind angesichts dieses geringen Risikos unverhältnismässig und für die ohnehin schon nicht auf finanziellen Rosen gebetteten Klein- und Kleinstgemeinden teuer. Deshalb ist die Kritik aus den Dörfern verständlich. Wie auch die Forderung, Leistungen bei der Kantonspolizei zu beziehen und diese pro Fall finanziell zu entschädigen.